

Große Anfrage

der Abgeordneten Dr. Waigel, Kiep, Dr. Dollinger, Dr. Schwarz-Schilling, Wissmann, Dr. Riesenhuber, Dr. Sprung, Dr. Warnke, Dr. Probst, Lenzer, Röhner, Kiechle, Dr. Lammert, Lampersbach, Kraus, Dr. Freiherr Spies von Büllesheim, Helmrich, Echternach, Kittelmann, Frau Geiger, Gerstein, Dr. van Aerssen, Spilker, Dr. Bugl, Dr. Schwörer, Dr. Jobst, Glos, Dr. Laufs, Dr. George, Frau Krone-Appuhn, Dr. Kunz (Weiden), Linsmeier und Genossen und der Fraktion der CDU/CSU

Internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft

Die Bundesrepublik Deutschland weist einen sehr hohen außenwirtschaftlichen Verflechtungsgrad auf. Der gesamte Außenhandelsumsatz erreichte 1980 die neue Rekordhöhe von 691,7 Milliarden Mark. Mit einem Exportvolumen von rund 350 Milliarden Mark nimmt die Bundesrepublik Deutschland knapp hinter den USA noch deutlich vor Japan den zweiten Platz in der Rangliste der exportierenden Staaten ein. Rund 25 v. H. der im Inland produzierten Güter und Leistungen werden exportiert. Nahezu jeder vierte Arbeitsplatz hängt vom Export ab. Der Export ist damit ein entscheidender Faktor für das Wirtschaftswachstum und den Beschäftigungsstand in der Bundesrepublik Deutschland.

In den vergangenen Jahren hat der Überschuß in der Handelsbilanz – vor allem wegen der Verteuerung der Ölimporte, aber auch wegen der Zunahme der Fertigwarenimporte – beträchtlich abgenommen; der Überschuß hat in den Jahren 1979 und 1980 nicht mehr ausgereicht, die traditionellen und in den letzten Jahren erheblich gestiegenen Defizite in der Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz zu decken. In der Leistungsbilanz ergaben sich deshalb Defizite in Rekordhöhe.

Trotz sparsameren Ölverbrauchs und geringerer Ölimportmengen ist auch in Zukunft mit steigenden Aufwendungen für den Import von Rohöl und Mineralölprodukten zu rechnen. Das Defizit in der Leistungsbilanz muß deshalb nach Auffassung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion durch eine Steigerung der Exporte sowie durch eine weitere nachhaltige Verminderung der Ölabhängigkeit abgebaut werden. Erforderlich hierzu ist die Erhaltung und Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und die umfassende Mobilisierung des noch nicht genutzten Exportpotentials.

Während in Kreisen der deutschen Wirtschaft zunehmend Besorgnisse über ein Nachlassen der Wettbewerbsfähigkeit sowohl auf heimischen wie auch auf ausländischen Märkten laut werden, hat sich die Bundesregierung zu dieser Frage bislang recht optimistisch geäußert. In der Regierungserklärung vom 24. November 1980 heißt es: „Unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit ist ungebrochen“ (Tz. 65). Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist aufgrund einer eingehenden Untersuchung im Jahresgutachten 1980/81 (Tz. 166) zu dem Schluß gelangt, daß die Entwicklung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft generell kein Anlaß zur Sorge gebe, auch wenn die Lage in den einzelnen Wirtschaftssektoren differenziert zu betrachten sei. Demgegenüber wird jedoch im Jahreswirtschaftsbericht 1980/81 der Bundesregierung an mehreren Stellen (Tz. 5, 8, 16, 28, 38) die Notwendigkeit einer Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft hervorgehoben.

Die Belebung des Exports im ersten Halbjahr 1981 ist nach Auffassung der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute weitgehend auf die Abwertung der D-Mark zurückzuführen. Sollten sich in absehbarer Zeit die erhofften Aufwertungserwartungen tatsächlich durchsetzen, würde dieser Währungsvorteil für die deutsche Exportwirtschaft wieder entfallen; zumal nicht ausgeschlossen werden kann, daß ein Teil der gegenwärtigen Exportbelebung auf vorgezogene Aufträge in Erwartung künftiger Wechselkurskorrekturen zurückzuführen ist.

Eine Reihe von Faktoren deutet auf eine – in einigen Wirtschaftsbereichen bereits erheblich spürbare – Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit:

- Die Investitionslücke der 70er Jahre und die Fortdauer administrativer Investitionshemmnisse haben zu einer Überalterung und teilweise qualitativen Verschlechterung der deutschen Produktionsanlagen geführt,
- die Ablehnung des technischen Fortschritts und die Behinderung von Rationalisierungsmaßnahmen durch Teile der Gesellschaft, der zunehmende Ingenieur- und Facharbeitermangel in Teilen der Wirtschaft sowie die unverkennbaren Forschungs- und Innovationsdefizite in zukunftssträchtigen Technologiebereichen haben zu einer spürbaren Abschwächung der Produktivitätszuwächse geführt,
- die Bundesrepublik Deutschland gehört seit einigen Jahren zu den Ländern mit den höchsten Lohn- und Lohnnebenkosten,
- die überdurchschnittliche Ausdehnung des öffentlichen Korridors hat zu einer deutlichen Verringerung des privatwirtschaftlichen Investitionsspielraums geführt; gleichzeitig weist der Investitionsanteil in den öffentlichen Haushalten eine rückläufige Entwicklung auf,
- die international überdurchschnittlich hohe Unternehmensbesteuerung hat zusammen mit einer ständigen Verschlechterung der Kosten-Erlös-Struktur zu einer bedenklichen Abschwä-

chung der Eigenkapitalbildung und daraus resultierend zu einer Beeinträchtigung der Investitionsfähigkeit und der Fähigkeit zur Bewältigung des Strukturwandels geführt.

Seit einigen Jahren mehren sich die Anzeichen dafür, daß die Verschlechterung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft durchzuschlagen beginnt:

- Die Überschüsse in der Handelsbilanz sind drastisch zurückgegangen,
- die Fertigwarenimporte sind sowohl bei den Investitionsgütern wie auch bei den Konsumgütern erheblich gestiegen und machen bereits über 50 v. H. der Gesamtimporte aus,
- der Importdruck – vor allem aus Japan, aber auch aus einigen Schwellenländern – auf den deutschen Märkten ist spürbar gestiegen mit der Folge, daß in einigen sensiblen Märkten der Importanteil die 30-v. H.-Marke überschritten hat,
- der Wettbewerb zwischen den führenden Industriestaaten auf Drittlandsmärkten hat sich verschärft,
- die Absatzchancen deutscher Unternehmer im Ausland, besonders innerhalb des Gemeinsamen Marktes, werden zunehmend durch Exportkreditsubventionen und protektionistische Maßnahmen unserer Handelspartner beeinträchtigt.

Angesichts dieser Ausgangslage unterstützt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit Nachdruck die im Jahreswirtschaftsbericht 1980/81 der Bundesregierung geforderte Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Die Durchführung konkreter Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Erschließung von Auslandsmärkten ist dabei in erster Linie Sache der betroffenen Unternehmen. Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist die Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit dem Ziel

- der Erhaltung des freien Welthandels durch Abbau der protektionistischen Tendenzen und des internationalen Exportsubventionswettkampfs,
- einer Erweiterung des gesamtwirtschaftlichen Korridors für private Investitionen zu Lasten des staatlichen und privaten Konsums,
- eines Abbaus des binnenwirtschaftlichen Kostendrucks durch eine konsequente Durchforstung der die Produktionskosten der Privatwirtschaft direkt erhöhenden gesetzlichen und administrativen Vorschriften,
- einer Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für Investitionen und Innovationen durch Verzicht auf weitere Abgabensteigerungen und durch eine ausgewogenere Gestaltung des Verhältnisses von direkten zu indirekten Steuern,
- einer Mobilisierung des Innovationspotentials durch einen Ausbau der indirekten steuerlichen Förderung,

- einer konsequenten Nutzung der Kernenergie und der preiswerten heimischen Energievorräte sowie einer Förderung des rationelleren Energieverbrauchs.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Entwicklung der Leistungsbilanz und internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft

- Worin liegen nach Ansicht der Bundesregierung die Hauptursachen für den rapiden Rückgang des Handelsbilanzüberschusses?
- In welchen Bereichen hat die deutsche Exportindustrie in der jüngeren Zeit an Boden verloren, und worauf ist dies nach Auffassung der Bundesregierung zurückzuführen?
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Stand und die voraussichtliche Entwicklung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, insbesondere im Hinblick auf die kontinuierliche Zunahme des Anteils der Fertigwarenimporte an den Gesamtimporten?
- In welchen inländischen Wirtschaftszweigen hat der auf Importe entfallende Teil der Marktversorgung die 30-v.H.-Marke überschritten, und worauf ist das nach Ansicht der Bundesregierung im einzelnen zurückzuführen?
- Wo liegen nach Auffassung der Bundesregierung die primären Ansatzpunkte für die Wiederherstellung hoher Handelsbilanzüberschüsse, wie sie zur Sicherung einer ausgeglichenen Leistungsbilanz notwendig sind?

2. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen und internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft

- Wie hat sich der Anteil der Staatsausgaben am Bruttonsozialprodukt in den wichtigsten Exportstaaten entwickelt?
- Wie hat sich die Abgabenquote (Steuern und Sozialabgaben in Prozent des Bruttonsozialprodukts) im internationalen Vergleich entwickelt?
- Wie hat sich der Anteil der privaten Investitionen einerseits und der staatlichen Investitionen andererseits am Bruttonsozialprodukt in den wichtigsten Exportstaaten entwickelt?
- Wie hat sich der Anteil der investiven und konsumtiven Ausgaben in den öffentlichen Haushalten der wichtigsten Exportstaaten entwickelt?
- Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung hieraus im Hinblick auf die strukturelle Ausgestaltung der öffentlichen Haushalte, und inwieweit wird die Bundesregierung diese Folgerungen in der mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigen?

3. *Rahmenbedingungen für Investitionen und internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft*

- Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung den privaten Investitionen im Hinblick auf die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und die Anpassung an die veränderten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen bei?
- Inwieweit sind nach Ansicht der Bundesregierung zur Zeit privatwirtschaftliche und staatliche Investitionsvorhaben durch administrative Hemmnisse blockiert, und inwieweit ergeben sich hieraus Beeinträchtigungen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft?
- Wie hat sich die Rentabilität (Brutto- und Nettoumsatzrendite) der Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes im internationalen Vergleich entwickelt?
- Wie haben sich die Eigenkapitalquoten der Unternehmen in den wichtigsten Exportstaaten entwickelt?
- Ist die deutsche Wirtschaft nach Ansicht der Bundesregierung im Hinblick auf die Abschreibungsbedingungen und die steuerlichen Investitionsfördermaßnahmen in den wichtigsten Exportstaaten benachteiligt?
- Welches Bild ergibt sich beim Vergleich der ertragsunabhängigen Besteuerung in den wichtigsten Exportstaaten?
- Welches Bild ergibt sich beim Vergleich des Anteils der direkten und indirekten Steuern am Gesamtsteueraufkommen in den wichtigsten Exportstaaten?
- Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung hieraus im Hinblick auf die Steuerpolitik allgemein und die künftige Gestaltung der Steuerstruktur im besonderen?

4. *Forschung und Entwicklung und internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft*

- Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung den Forschungs- und Entwicklungs-Aktivitäten im Hinblick auf die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft bei?
- Welches Bild ergibt sich beim Vergleich des Anteils der privaten und staatlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung am Bruttosozialprodukt in den wichtigsten Exportstaaten?
- Wie hoch ist die jährliche durchschnittliche Steigerungsrate in den letzten zehn Jahren für die staatlichen Forschungs- und Entwicklungs-Aufwendungen in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu den westlichen Industrienationen?
- Wie hoch ist der Finanzierungsanteil des Staates bei den Gesamtaufwendungen für Forschung und Entwicklung in

der Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich, und wie hat sich dieser Anteil in den letzten zehn Jahren entwickelt?

- Welches Bild ergibt sich für die Bundesrepublik Deutschland bei einem internationalen Vergleich der Abschreibungsregelungen für Forschungs- und Entwicklungs-Aufwendungen?
- In welchen Technologiebereichen weist die deutsche Wirtschaft noch erhebliche Lücken gegenüber der Entwicklung in Japan und in den USA auf?
- Welches Bild ergibt sich beim Vergleich der Haltung der Bevölkerung zu neuen Technologien in den wichtigsten Exportstaaten und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um die Akzeptanz neuer Technologien bei der Bevölkerung, insbesondere bei der Jugend, zu erhöhen?
- Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung hieraus für die künftige Ausgestaltung der staatlichen Forschungspolitik, insbesondere hinsichtlich der Mobilisierung des Innovationspotentials der mittelständischen Wirtschaft?

5. Wettbewerbspolitik und internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft

- Teilt die Bundesregierung die Auffassung weiter Teile der deutschen Wirtschaft, daß die vergleichsweise strenge deutsche Wettbewerbsaufsicht die Anpassungsfähigkeit der Unternehmen hinsichtlich der weltwirtschaftlichen Veränderungen hemmt, indem sie den Zutritt ausländischer Unternehmen auf den deutschen Märkten begünstigt und die Aktivitäten heimischer Unternehmen auf ausländischen Märkten demgegenüber behindert?
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß bei der präventiven Fusionskontrolle für international tätige Unternehmen die Marktabgrenzung („relevanter Markt“) nach dem Gebiet erfolgen sollte, in welchem die Unternehmen ihre Erzeugnisse anbieten, und wäre in diesen Fällen eine EG-Fusionskontrolle sachgerechter?
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Auffassung, daß Zusammenschlüsse von der Kartellaufsicht unbeanstandet bleiben sollten, sofern sie vorrangig Marktverhältnisse im Ausland berühren und Inlandswirkungen nur als Nebenfolge auslösen?
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß unrealistische Anforderungen an die Marktformen bei der Fusionskontrolle gemeinschaftliche Lösungen zwischen Unternehmen behindern und letztlich zu schwerwiegenden volkswirtschaftlichen Schäden führen?

6. *Außenwirtschaftspolitik und internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft*

- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die zunehmenden protektionistischen Tendenzen im Welthandel zu einer Beeinträchtigung der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Anbieter auf den Weltmärkten führen, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung hieraus hinsichtlich ihrer handelspolitischen Bemühungen?
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen der nicht-tarifären Handelshemmnisse, und was gedenkt die Bundesregierung zum Abbau dieser künstlichen Marktab-schottung, insbesondere innerhalb der Europäischen Gemeinschaft, zu tun?
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen der Exportkreditsubventionierung in den meisten OECD-Staa-ten auf die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, und welches Ergebnis hat der Weltwirtschaftsgipfel in Ottawa im Hinblick auf eine Neuregelung des OECD-Kon-sensus gebracht?
- Welches Bild ergibt sich beim Vergleich der Exportkredit-versicherungssysteme der wichtigsten Exportstaaten?
- Wie beurteilt die Bundesregierung die im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland stärkeren politischen und diplomatischen Aktivitäten anderer exportierender Staaten, deren führende Repräsentanten sich gelegentlich als „Chef-verkäufer“ der Produkte ihrer Staaten zu betätigen scheinen?
- Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, die Exportbemü-hungen der deutschen Wirtschaft durch eine verstärkte För-derung der Auslandshandelskammern und der Beteiligung an Auslandsmessen zu unterstützen?
- Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, vor allem in den Bereichen Information und Beratung, die Bemühungen der mittelständischen Wirtschaft bei der Erschließung inter-nationaler Märkte wirkungsvoller als bisher zu unter-stützen?

7. *Lohnkostenentwicklung und internationale Wettbewerbsfähig-keit der deutschen Wirtschaft*

- Wie haben sich die Lohnstückkosten in den wichtigsten Exportstaaten entwickelt?
- Wie haben sich die Lohnnebenkosten in den wichtigsten Exportstaaten entwickelt?
- Welches Bild ergibt sich beim Vergleich der jährlichen effektiven Gesamtarbeitszeit je Arbeitnehmer in den wich-tigsten Exportstaaten?

- Welches Bild ergibt sich bei einem internationalen Vergleich der Fehlzeiten (individuelle Ausfallzeiten in v. H. der Soll-Arbeitszeit)?
- Inwieweit können die öffentlichen Arbeitgeber nach Ansicht der Bundesregierung die Lohnkostenentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland beeinflussen?

8. *Energiekostenentwicklung und internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft*

- Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung der Energiekostenentwicklung im Hinblick auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft bei?
- Welches Bild ergibt sich beim Vergleich der Energiekosten bezogen auf eine Einheit gesamtwirtschaftlicher Wertschöpfung in den wichtigsten Exportstaaten?
- Welche Folgen haben die in einigen OECD-Staaten praktizierten staatlichen Eingriffe in die Energiepreisbildung für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft?
- Inwieweit sind nach Ansicht der Bundesregierung die Entwicklung der Energiekosten zu einem Bestimmungsfaktor für die internationale Wahl von Unternehmensstandorten bzw. für internationale Standortverlagerungen geworden, und wie beurteilt die Bundesregierung die Befürchtung in Kreisen der Wirtschaft, daß der Ausbau der Kernenergie in Frankreich zu einer Abwanderung stromintensiver Unternehmen aus der Bundesrepublik Deutschland führen könnte?
- Inwieweit läßt sich die Entwicklung der Energiekosten durch den Ausbau der Kernenergie und durch die Förderung energiesparender Techniken beeinflussen?
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die aus überzogenen Genehmigungsverfahren resultierenden Verzögerungen beim Ausbau der Kernkraft zu einem Defizit in der Grundlastkapazität der deutschen Stromversorgung geführt haben, und wie beurteilt die Bundesregierung die daraus entstehenden Folgen für die stromverbrauchende Industrie?
- Teilt die Bundesregierung die Befürchtung, daß durch die Verzögerungen beim Ausbau der heimischen Kernenergie im Ausland Zweifel an der technischen Reife dieser Technologie aufkommen können und daß damit die Exportchancen unserer Nuklearindustrie sinken?
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Belastung der deutschen Industrie mit dem Kohlepfennig einerseits und mit der Heizölsteuer andererseits, und welche Folgerungen ergeben sich hieraus hinsichtlich der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft?

Bonn, den 14. Oktober 1981

Dr. Waigel
Kiep
Dr. Dollinger
Dr. Schwarz-Schilling
Wissmann
Dr. Riesenhuber
Dr. Sprung
Dr. Warnke
Dr. Probst
Lenzer
Röhner
Kiechle
Dr. Lammert
Lampersbach
Kraus
Dr. Freiherr Spies von Büllesheim
Helmrich
Echternach
Kittelmann
Frau Geiger
Gerstein
Dr. van Aerssen
Spilker
Dr. Bugl
Dr. Schwörer
Dr. Jobst
Glos
Dr. Laufs
Dr. George
Frau Krone-Appuhn
Dr. Kunz (Weiden)
Linsmeier
Dr. Köhler (Duisburg)
Landré
Neuhaus
Petersen
Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion

